افغانستان آزاد _ آزاد افغانستان

AA-AA چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

زبانهای اروپائی European Languages

Aus: Ausgabe vom 09.06.2017, Seite 1 / Titel

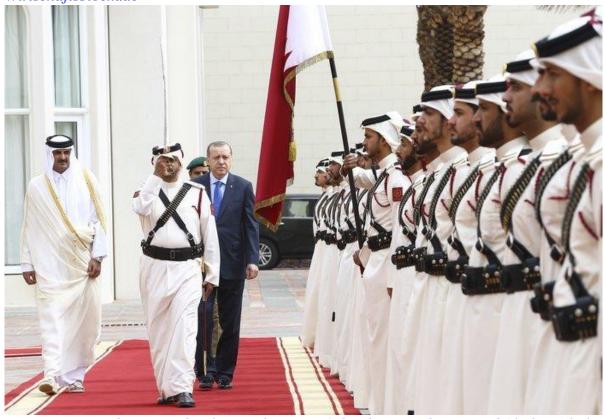
Von Knut Mellenthin

10.06.2017

Achse Doha-Ankara

Türkei bekräftigt Truppenstationierungspläne in Katar. Fürstentum leidet unter

Wirtschaftsblockade



Recep Tayyip Erdogan mit dem katarischen Emir Scheich Tamim bin Hamad Al Thani (links) am 15. Februar in Doha

Foto: Halil Sagirkaya / Anadolu Agency

Der Konflikt zwischen dem Staatenbündnis um Saudi-Arabien und Katar verschärft sich trotz Vermittlungsversuchen Kuwaits und der USA weiter. Die Vereinigten Arabischen Emirate drohten dem eigenwilligen Kleinstaat am Donnerstag mit einem umfassenden

Wirtschaftsembargo. Das völlig von den Saudis abhängige und militärisch unbedeutende Inselfürstentum Bahrain unterstrich, dass gegen Katar »alle Optionen auf dem Tisch« seien

Am Mittwoch stimmte das türkische Parlament mit eindeutiger Mehrheit einer Resolution zu, die die Stationierung türkischer Truppen in Katar gestattet. Für diese Entscheidung votierten hauptsächlich die Abgeordneten der Regierungspartei AKP und der ultrarechten MHP. Das wirkt als warnendes Signal angesichts des Säbelrasselns der von Saudi-Arabien angeführten Staatengruppe. Der entsprechende Antrag lag dem Parlament aber schon seit Mai vor und stellt keine unmittelbare Reaktion auf die gegenwärtige Krise dar. Die Türkei ist immer noch dabei, auf der Grundlage eines 2014 geschlossenen Abkommens einen Stützpunkt in Katar aufzubauen – ihre erste Militäranlage im Ausland überhaupt. 2016 befanden sich dort erst 160 türkische Soldaten. Ein Jahr zuvor hatte der türkische Botschafter in Katar davon gesprochen, dass dort bis zu 3.000 Soldaten stationiert werden könnten. Die Türkei und das arabische Fürstentum stimmen in der Unterstützung mehr oder weniger gemäßigter islamistischer Organisationen wie der international aktiven Muslimbruderschaft und der palästinensischen Hamas überein.

Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Ägypten hatten am Montag in den frühen Morgenstunden den Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen zu Katar bekanntgegeben. Begründet wurde das hauptsächlich mit dem Vorwurf, dass der Kleinstaat terroristische Gruppen beherberge, deren Ziel die Destabilisierung der Region sei. Nur wenige nicht sehr bedeutende andere muslimische Länder, darunter Mauretanien, Mauritius und die Malediven, schlossen sich diesem Schritt an.

Von praktischer Bedeutung ist im wesentlichen nur, dass die saudisch geführte Allianz alle Verkehrsverbindungen mit Katar abgebrochen hat. Das bedeutet nicht nur, dass die direkten Flugverbindungen eingestellt sind, sondern hat auch zur Folge, dass Bürger Katars nicht mehr mit Linien fliegen können, die in den Koalitionsstaaten zwischenlanden. Außerdem werden nach Katar keine Waren mehr geliefert. Das Fürstentum ist zwar aufgrund seiner Öl- und Gasvorkommen pro Kopf das reichste Land der Welt, hängt aber weitgehend von Importen ab. Der Iran und die Türkei haben angeboten, mit der Lieferung von Lebensmitteln einzuspringen.

Seit Beginn der Krise ist Kuwait mit einer intensiven Shuttlediplomatie bemüht, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Auch die US-Regierung versucht, ihre sunnitische Wunschallianz gegen den schiitischen Iran zusammenzuhalten. Um das zu erreichen, musste zunächst Präsident Donald Trump ruhiggestellt werden: Er hatte am Dienstag in mehreren Twitter-Botschaften seiner Freude über das saudische Vorgehen gegen Katar ungenierten Ausdruck verliehen. Im Gegensatz dazu bekundete das Pentagon sofort seine dankbare Verbundenheit mit dem Fürstentum, das seit rund 15 Jahren den größten Militärstützpunkt der USA in der Region beherbergt. Ein Umzug wäre sehr teuer und langwierig.